

GASTBEITRAG DR. JÖRG UHLIG: Zwist, Frust und Spaltung - zur Lage der Konservativen im Land

Eigentlich sind wir Bürgerlich-Konservativen recht freundlich zueinander, wenn wir zusammenkommen. Zumindest bei der jährlichen Tagung der „Schwarmintelligenz“ von Klaus Kelle in Essen ging es unter den 400 Gleichgesinnten sehr aufgeräumt, kollegial, friedlich und freundlich zu. Und dennoch: Man konnte dort auch sehen, wie viele verschiedene Gruppierungen es inzwischen auf der konservativen Seite des politischen Spektrums gibt. WerteUnion, LKR, FDP, Freie Wähler, AfD (bürgerliche Fraktion), Ex-AfDler, Konservativer Aufbruch in Bayern, Bürgerlich-Freiheitlicher Aufbruch, Leute von der „Basis“, Freischärler etc. Ein großes Sammelsurium von Menschen, die, wenn man mit Ihnen redet, alles in allem sehr große inhaltliche und wertfundierte Gemeinsamkeiten aufweisen.

Die am meisten geäußerte These dort war, weil wir so zersplittert wären, seien wir so wirkungslos.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Weil wir so wirkungslos sind, sind wir so zersplittert!

Gemeinsame Ziele vereinen, eine gemeinsame Aufgabe diszipliniert. Wenn man ein gemeinsames Tau hat, an dem man ziehen kann, findet man sich daran zusammen. Es gibt dieses Tau aber derzeit nicht.

(Einschub: Wenn das gemeinsame Tau nur noch aus dem Material „Macht“ besteht, zerfällt es spätestens in dem Augenblick zu Staub, wenn diese Macht nicht mehr vorhanden ist. Derzeit sehr gut sichtbar an den Unionsparteien.)

Das politische, auch innerhalb der Union parteipolitische, mediale und – so zeigt die vergangene Bundestagswahl – gesellschaftliche Pendel ist derzeit so weit nach links geschwungen, dass es zumindest aktuell, unter den derzeit gegebenen Umständen, keine realistische Chance für effektive bürgerlich-konservative Politik gibt. Wir hängen im luftleeren Raum.

Diese Wirklosigkeit verleitet dazu, dass viele meinen, sie könnten mit Splittergruppierungen und Abspaltungen das Pendel wieder zurückzwingen. Dem ist aber nicht so. Selbst in der AfD, immerhin eine Partei mit entsprechenden Strukturen, zeigen sich deutlich interne Zerwürfnisse. Dies ist wie ich vermute auch der Tatsache geschuldet, dass diese Partei systematisch von Regierungsarbeit ausgegrenzt wird, ohne realistische Hoffnung dass sich diese Situation absehbar ändern wird. Auch kleine persönlichen Reibereien sorgen im Handumdrehen für große Gräben.

Nun haben es Pendel so an sich, dass sie irgendwann wieder zurückschwingen. Nicht aufgrund politischer Arbeit, sondern weil die Schwerkraft der Realität das zu weit zu einer Seite ausgeschlagene Pendel zurückzwingt.

Denn ein Pendel außerhalb des Gleichgewichts zu halten, bedarf Energie, und die ist vermutlich sehr bald aufgebraucht. Wir stehen absehbar am Beginn einer Wirtschafts-, Energie-, und Finanzkrise, wie es sie in den vergangenen Jahrzehnten kaum irgendwo – vielleicht in Venezuela – gegeben hat. Diese Krise wird diesmal eine globale Krise werden. Zumindest in Deutschland wurden die Grundlagen tätig angelegt

von einer wildgewordenen GroKo, die viele Jahre lang wohlfeile Ideologien über wirtschaftliche, finanzpolitische und energiepolitische Realitäten gestellt hat, mit der aktuellen Option, dass es unter einer Ampelkoalition zukünftig noch viel schlimmer kommen könnte.

Jemand wird die Karre wieder aus dem Dreck ziehen müssen. Von unseren Ökoaktivisten, die sich überwiegend von der Milch des Staates nähren, braucht man außer Verwunderung, dass sich Naturgesetze am Ende doch durchsetzen, und altklugen Sprüchen nichts erwarten. Auch diesmal wäre dann halt wieder ein sozialistischer Entwurf gescheitert... das nächste Mal aber klappt es ganz bestimmt! Echt jetzt!

Was ist also für uns zu tun? Josef Kraus, einer der Hauptredner der oben genannten Konferenz, fasste es trefflich zusammen: Netzwerke bilden! Sich miteinander verknüpfen! Sich treffen und miteinander reden!

Es wird viel Aufräumarbeit geben, die wir nur zusammen werden leisten können! In Deutschland, und darüber hinaus!

Dr. Jörg Uhlig ist Sprecher des politischen Beirates des Bürgerlich Freiheitlichen Aufbruchs BFA.

<https://www.bfa-verein.de/>

Erst kommt die Inflation, dann Rot-Grün und dann der Sozialismus

Wenn das Geld knapp wird, drucken wir halt neues - das alte sozialistische Leitmotiv funktioniert - wie wir in der EU sehen - auf großer multinationaler Ebene immer. Bei vergleichsweise reichen Ländern wie Deutschland kann man sich auch eine zeitlang durchwurschteln, aber eben nicht auf Dauer. Und jetzt stehen wir alle vor einer Zeitenwende - wirtschaftlich wie politisch.

Im September sind die Preise für die Verbraucher - für uns also - um 14,3 Prozent gestiegen. Innerhalb eines einzigen Jahres sind die Preise für Heizöl um sagenhafte 76,5 Prozent gestiegen. 76,5 Prozent - wissen Sie, was das bedeutet für jeden von uns? Benzin wurde um mehr als ein Viertel (28,4%) teurer, Erdgas (+5,7%), Strom (+2%) und Nahrungsmittel (+4,9%) - wohin Sie schauen: Es geht um unser aller Geldbeutel.

Die Gründe sind vielfältig, Corona hat eingeschlagen, die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung hat wohl vorübergehend die Apokalypse etwas abgemildert, aber die ist ja aufgehoben. Die Pflicht für Unternehmen, bei auch nur vorübergehender Liquiditätsschwäche zum Amtsgericht zu gehen und Insolvenz anzumelden, ist nach vorübergehender Aussetzung wieder voll in Kraft. Creditreform meldet, dass die Insolvenzen in Deutschland spürbar ansteigen.

Und dann die drohende Horror-Ampel von staatsgläubigen Sozialisten, Klima-Extremisten und einer FDP, die nicht einmal mehr rudimentär als bürgerlich-liberale Kraft zu erkennen ist. Wenn mir das jemand vor 25 Jahren erzählt hätte, dann hätte ich ihn/sie ausgelacht. Aber es passiert. Jetzt, gerade und hier, im Oktober des Jahres 2021. Und es ist kein Silberstreif am Horizont in Sicht.

Bildungsarbeit für junge Leute, Netzwerktreffen bundesweit, reichweitenstarke Medien - es wäre so viel möglich, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Das grüne Utopia ist im real existierenden Deutschland nicht zu bezahlen

Es gibt auch jetzt noch alle Möglichkeiten, das größtmögliche Elend am 26. September aufzuhalten. In einem beispiellosen Possenspiel haben die Grünen und ihre Spitzenkandidtin für das Kanzleramt der ganzen Republik vorgeführt, dass die Aufgabe, die Wirtschaftsnation Deutschland vier Jahre lang zu führen, erkennbar zu groß für die Öko-Truppe mit Sozialismusphanatsien ist. Ich muss bekennen, dass Frau Baerbock dabei nicht einmal in der Lage war, ihren eigenen Lebenslauf fehlerfrei zu präsentieren, das hat sogar mich überrascht.

Also Kanzlerin Annalena, die erste, wird uns wohl erspart bleiben, egal ob in einer rot-rot-grünen Gruselkoalition oder in einer grün dominierten Partnerschaft mit der linksgespülten Union...auch gruselig, aber wenigstens ohne Honeckers Erben am Kabinettstisch.

Und dennoch ist jenseits persönlicher Unzulänglichkeiten immer mit den Grünen zu rechnen, ja, es ist wahrscheinlich, dass sie als Juniorpartner_*Innen an Armins Tafelrunde Platz nehmen dürfen. Ganz ehrlich: Auch das ist für mich ein Horroszenario.

Schauen wir einfach mal genau hin, welche politische Agenda außer Klima retten und Transgenderklos

die Baerbocks, Habecks und Hofreiters sonst noch haben. Beim digitalen Parteitag immerhin erfreulicherweise der Antrag, die wöchentliche Arbeitszeit auf 30 Stunden einzuführen.

Aber dann gehts ans Eingemachte: Hartz IV-Regelsatz um 50 Euro anheben, mittelfristig soll Hartz IV ganz «überwunden» und durch eine „Garantiesicherung“ abgelöst werden, die ohne «bürokratische Sanktionen» gewährt werden soll. Der Mindestlohn soll von jetzt 9,50 auf zukünftig 12 Euro erhöht werden.

Sehr umfangreich im grünen Forderungskatalog für Deutschland ist der Bereich Bildung. Mehr Geld für Kitas, mehr Geld für Schulen und für die Berufsausbildung. Staat und Unternehmen sollten bis 2025 mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Perspektivisch sollen die Investitionen weiter steigen. Wer wollte etwas dagegen haben?

Das Problem ist nur, wenn die Grünen gleichzeitig den Unternehmen aus Gründen des vermeintlichen Klimaschutzes immer mehr Fesseln anlegen, die Kosten hochtreiben, Verbote verfügen und den Bürokratismus ins Unendliche treiben. Die Grünen sind eine Sonnenscheinpartei für Zeiten, in denen es unserem Land gut geht. Aber es geht uns nicht gut, wir leben mehr denn je auf Pump, ganze Wirtschaftszweige stehen vor dem Kollaps nach eineinhalb Corona-Jahren mit harten Lockdowns, und die 26 Milliarden für die Betreuung von Wirtschaftsflüchtlings, von denen 260.000 eigentlich längst hätten abgeschoben werden sollten, was in der Regel durch Betreiben der Grünen bis heute verhindert wurde und wird, wiegen weiter schwer.

Ich wiederhole mich, bitte sehen Sie mir das nach! Die Grünen sind neben der SED/Linke/PDS die Partei, die in einem Land, das auf einer prosperierenden Wirtschaft fußt, der Supergau in einer Bundesregierung. Ein großer Teil ihres Wählermilieus - davon bin ich überzeugt - gehen eher so gefühlig an die Wahlurnen, stimmen nicht über Fakten oder überzeugende Köpfe ab, sondern verschwenden ihre Stimmen für eine Utopie einer vermeintlich heilen Welt, die es so nie geben wird.

Hat Ihnen dieser Beitrag gefallen? Bitte helfen Sie uns nach Ihren Möglichkeiten mit einer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 ! Vielen Dank!

Sozialismus reloaded: Wahrscheinlich ohne Schießen, aber wieder menschenverachtend

Wenn der Sozialismus zurückkommt, dann kommt er in einem anderen Gewand. Er kommt dann nicht

mehr mit Mauer und Schießbefehl daher oder – hoffentlich! – nicht mit Zwangsadoptionen, aber schon bei den Berufsverboten bin ich mir nicht mehr sicher, wenn Sie daran denken, dass auch heute im besten Deutschland blablabla... willfährige Gutmenschen mit Screenshots missliebige Parteiaktivisten – vornehmlich der AfD – bei Arbeitgebern und Kunden anschwärzen, dass die Partei kaum noch Veranstaltungsräumlichkeiten anmieten kann, weil politische Konkurrenten mit ihren administrativen Möglichkeiten zur Verhinderung einschreiten. Wird das dann – wie meistens – von den Gerichten kassiert und die Veranstaltung zugelassen, dann beginnt Plan B. SA-ähnliche linke antifa-Sturmtruppen bedrohen dann Vermieter, Familienangehörige und Mitarbeiter so lange auch mit Gewalt, bis die aufgeben.

Letztens habe ich in Frankfurt Hans Joachim Mendig kennengelernt. Hans Joachim Mendig? Erinnern Sie sich? Ab 2015 war er oberster Filmförderer in Hessen, ein sympathischer und umtriebiger Mann vom Fach. An einem sonnigen Juli-Tag 2019 folgte Mendig einer Einladung des bekannten Medienunternehmers Moritz Hunzinger in Frankfurt zum Mittagessen. Moritz Hunzinger lädt oft Gäste zu diesem Italiener in der City ein. Auch ich hatte schon das wirkliche Vergnügen mit Hunzinger dort zu plaudern. Von der AfD war keiner dabei, aber ich weiß noch, dass das Vitello Tonnato phantastisch ist dort. An diesem Tag im Juli 2019 aber hatte der Gastgeber noch einen weiteren Gast mitgebracht – den Europaabgeordneten Prof. Jörg Meuthen. Und der ist bekanntermaßen von der ganz bösen, bösen AfD.

An diesem Tag, es war genau der 24. Juli, wurde kein Staatsstreich geplant, wurden keine rechtsradikalen Heftchen unter dem Tisch ausgetauscht oder Schlimmeres. Die drei aßen einfach zusammen zu Mittag. Ein bekannter PR-Mann, ein Abgeordneter der wichtigsten weil größten Oppositionspartei in Deutschland, und ein angesehener Filmförderer.

Kein großes Ding, werden Sie jetzt denken. Aber es wurde eins. Denn Meuthen postete anschließend ein Selfie von der kleinen Runde mit dem überaus verdächtigen Text *„Sehr angeregter und konstruktiver politischer Gedankenaustausch.“*

Und das war's. Die abgetakelte Linksaußenpostille *Frankfurter Rundschau* erfuhr von dem Foto, die Grünen assistierten, und der Aufsichtsrat der *HessenFilm und Medien GmbH* unter Vorsitz der hessischen Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne) vollstreckte die Hinrichtung und schmiß Mendig raus.

Der Mann muss nun klagen, damit er nach einem arbeitsreichen Leben wenigstens noch das ihm zustehende Gehalt ausbezahlt bekommt. Und die „Kampf-gegen-rechts“-Industrie kann wieder eine Kerbe ins Holzregal schnitzen, wo die vernichteten Existenzen politischer Gegner als revolutionäre Devotionalen aufbewahrt werden. Ist der Vergleich des heutigen Deutschlands mit der Endzeit der DDR wirklich so abwegig? O.K., es gibt noch eine Menge Bananen in unseren Märkten zu kaufen, aber wollten wir deshalb auch eine Bananenrepublik sein? Vor einem halben Jahr hätte ich den Vergleich noch empört zurückgewiesen. Aber es scheint so, als befände sich unser deutsches Narrenschiff in ganz üblem Fahrwasser.

Beim verabschieden wünschte ich Mendig noch viel Glück für seinen Prozess und frage: „Was genau wirft man Ihnen eigentlich vor, um die Kündigung zu begründen?“ Er antwortet: „Ich habe Nudeln

gegessen...“ und geht.

Existenzen werden vernichtet, Hunderte Millionen Euro Ihrer und meiner Steuergelder werden jährlich umgeleitet in linke und linksextreme Netzwerke, Stiftungen, Initiativen und sogar Firmen. Die Themen sind bunt und vielfältig. Es geht ums Klima, um Corona, Black-Lives-Matter, den Kampf gegen rechts, die Legalisierung von Drogen, die Homo-Lobby, Gender-Lehrstühle und sexuelle Vielfalt in der Kita. Und die verbindende rote Linie von allem ist: Sie wollen an unsere Kohle, um damit noch einmal einen Anlauf für das große gescheiterte Gesellschaftsexperiment aller Zeiten zu nehmen: den Sozialismus.

Sie wollen keine Leistung, keine Anforderungen für mehr Wohlstand, sie wollen nivellieren auf unterem Niveau. Sie wollen gleich machen und Individualität größtmöglich einschränken. Sie wollen gleiches Gehalt ohne Arbeit. Sie wollen nicht, dass wir uns ein Einfamilienhaus fleißig erarbeiten, sie wollen nicht, dass wir allein mit dem Auto fahren, sie wollen nicht, dass Frauen auch gern Mütter sein dürfen und ihre Kinder den Erfordernissen des staatlich gewünschten Produktionsprozesses nachgeordnet werden. Sie wollen auch kein Recht und keine Ordnung – außer sie können es selbst zur Unterdrückung abweichender Meinungen und Lebensmodelle nutzen.

Lesen Sie Huxley und Orwell, ich bitte Sie inständig! Da steht alles drin, was Sie wissen müssen, um zu verstehen, was hier gerade passiert.

Was ist los mit den Deutschen? Was ist los mit uns? Wie können wir als Bevölkerung auch nur im betrunkenen Zustand oder unter Drogen ernsthaft erwägen, dass Robert Habeck, Annalena Bearbock und Susanne-Henning Wellsow demnächst die Geschicke unseres Landes verantworten? Haben Sie mal fünf Minuten zugehört, was diese Leute in Fernsehtalkshows daherreden? Haben Sie mal einen Blick in das Wahlprogramm der Grün_*Innen geworfen? Das ist Splatter-Movie als Parteiprogramm, der reine Horror. Aber das sind ja so nette Leute, die dann ins Kanzleramt mit dem Fahrrad radeln und vegane Küche bevorzugen gegenüber den Gewohnheiten von uns Grillwurst-Plebs...

Eigentlich wollte ich hier heute noch etwas über das System Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk schreiben, aber ich merke, dass der Text zu lang wird, hole das in Kürze nach. Und beschäftige mich dann nicht mit dem Programm, nicht mit den Wills, Slomkas und Klebers, ihren Gehältern und ihren GenderGaga-Moderationen, nicht einmal mit der linksgrünen Dauerberieselung ihrer zunehmend überalterten Zuschauerschaft. Sondern mit Geldverschwendung bei Produktionen und Luxus-Immobilien, Mobbing gegenüber Kollegen, die nicht mitspielen wollen, und die gruselige Macht der Personalräte in den Staatssendeanstalten. Auch dieses System passt genau ins sozialistische Winter-Wonderland, das Deutschland und uns allen droht.

Passen Sie bloß auf! Es kann noch viel schlimmer werden für uns alle.

Im System der modernen ökosozialistischen „Reeducation“ einer ganzen Bevölkerung spielt der zwangengebührenfinanzierte Staatsrundfunk eine herausragende Rolle. Um deren Funktion zu verstehen und herauszufinden, welche Personen wirklich wichtig sind, und wo man die Kostenstellen entecken kann, von denen aus Milliarden sinnfrei verballert werden, bedarf es intensiver Arbeit, kluger Köpfe, die

sich durch den öffentlich-rechtlichen Dschungel kämpfen und dann aufklären. Und das geht nicht ehrenamtlich, das kostet Geld für Recherchen und richtigen Rechercheure.

Blogs wie dieser sind wichtig, damit sich die Bürger unabhängig informieren können auch über solche Themen. Bitte unterstützen Sie unsere journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Sind wir immun gegen “sowas”? Der “Fall Reitschuster” zeigt, was hier gerade fürchterlich falsch läuft

Der Hauptstadtjournalist Boris Reitschuster ist derzeit das Maß aller Dinge - unter den alternativen Medien in Deutschland bricht sein gleichnamiger [Blog](#) Tag für Tag neue Zugriffsrekorde, auf Twitter war er vorhin lange Zeit der top “Trend”. Boris ist in aller Munde, seit er dahin geht, wo es wehtut - auf Berlins Straßen, wenn Polizei und antifa aneinandergeraten und Tränengasschwaden zwischen den Häuserzeilen der Hauptstadt-Kieze wabern. Oder bei den Querdenkern, wo einige linke Krawalltypen in Schwarz ihm das Smartphone aus der Hand schlagen und den Livestream auf seinem Blog unterbrechen. Oder er nervt Regierungssprecher Seibert in der Bundespressekonferenz derart, dass die Süddeutsche Zeitung Reitschuster eine ganze Seite widmet, um zu begründen, er müsse aus der Bundespressekonferenz ausgeschlossen werden, weil er da immer so ...Fragen stellt. Weil es doch bei den wohlfühligen Mainstream-Korrespondenten immer so gemütlich war, bevor dieser Typ da rumnervte mit seinen Fragen.

Und jetzt Querdenker in Stuttgart - 15.000 - und Boris macht das, was Medien machen sollten: berichten, live und ungeschnitten, damit die Menschen sich selbst ein Bild davon machen können, was da passiert und wer da was redet auf der Bühne. 216.000 Abonnenten hat Reitschusters YouTube-Kanal - eine stolze Zahl, und jetzt hat YouTube Reitschuster abgestellt - gesperrt für sieben Tage. Es ist erstaunlich, wie viele Menschen das feiern in den Sozialen Netzwerken, wie viel Hass und persönliche Beleidigungen da sichtbar werden, von Leuten, von denen man doch annehmen sollte, dass sie - da links - tolerant und bunt und vielfältig sind.

Aber aus vielen Tweets dort spricht der alte, totalitäre Geist, der die düstersten Kapitel des 20. Jahrhunderts überhaupt erst möglich gemacht hat. Leute, bereit, auf Knopfdruck den oder die zu hassen, wen immer man ihnen zum Frass vorwirft. Der mittelalterliche Pranger ist zurück im besten Deutschland, in dem wir gut und gerne leben oder so. Eine dumpfe Meute, aufgehetzt, bereit alles zu bejubeln oder zu negieren, was dem eigenen kruden Weltbild entspricht. Wie bei Lenin damals: Wer nicht mitmacht, der wird halt aussortiert. Bisher noch nicht abgeholt an der Haustür von Stasi-Typen mit grauen Anzügen

und grauen Gesichtern, aber ich bin sicher, wenn es so weit wäre, gäbe es auf Twitter sofort viele Leute, die ins Geheule der Wolfsmeute freudig einstimmten – den machen wir fertig.

Es gibt viele Beispiele aus den vergangenen Jahren, wo Menschen für ihre Meinungen gesellschaftlich hingerichtet wurden. Und der Mainstream kommt durch damit, immer.

Dabei ist der entscheidende Punkt nicht, *WAS* jemand denkt oder sagt. Der entscheidende Punkt ist, *DASS* man es in diesem Land denken und sagen darf – ohne Konsequenzen für den Job, die Familie und im schlimmsten Fall Leib und Leben haben zu müssen. Politiker der AfD haben das erlebt, konservative Publizisten, mit denen man nicht auf einer Bühne stehen will. Utadelige Staatsdiener, die in der Politik gehen wollen und nicht den Wünschen des Juste Milieus entsprechen. Besonders widerwärtig auch eine Kaste von Wichtigtuern, die sich mit vermeintlich verdächtigen Screenshots an Arbeitgeber von gehassten Persönlichkeiten wenden, damit die raus sind aus dem Spiel. Um ihre Existenz beraubt. Endgültig weg. Ein guter Freund sagte mir letztens, ich solle doch vorsichtig sein, mit wem ich Interviews führe. Damit ich nicht auch zur Zielscheibe werde. Aber in meiner kleinen Welt sollte ein Journalist mit jedem sprechen, mit dem er will.

Ich habe schon ein paar Mal über all das geschrieben, viele Bürger haben das gelesen, viele auch ihre Gedanken selbst in eine Mail an mich gepackt. Und dennoch frage ich mich immer häufiger, auf welchem Trip diese Gesellschaft gerade ist. Werde ich zum Verschwörungstheoretiker, weil ich immer mehr Dinge wahrnehme, die ich von Orwells und Huxleys Büchern kenne? Das kann doch alles gar nicht sein, wir leben doch in einer Demokratie, einem Rechtsstaat. Und wir haben doch aus der Geschichte gelernt, und die wiederholt sich doch nicht.

Und wir sind doch immun gegen “sowas”.

Sind wir das wirklich?

Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Verstörende Visionen vom Neuen Menschen: Sozialismus und Gedankenkontrolle haben Konjunktur

Ist es möglich, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates oder – global gesehen – die Demokratie als bisher beste bekannte Staatsform zu ersetzen durch eine...sagen wir...“wissenschaftliche Diktatur“? Den Begriff hört ich vor kurzem wieder, als ist ein Interview mit dem britischen Schriftsteller Aldous Huxley anschaute, der bereits 1963 verstarb, der aber mit seinem dystopischen Roman „Brave

New World“ ein Werk geschaffen hat, das – neben „1984“ von George Orwell – wirklich jeder Mensch gelesen haben sollte, der wahrnimmt, was sich um ihn herum entwickelt.

Gerade in dieser Zeit, in der in weiten Teilen der Welt mit der Begründung – manche sagen unter dem Vorwand – der Eindämmung einer lebensbedrohlichen Pandemie die Grundrechte massiv eingeschränkt werden, sollten wir uns Gedanken machen, wohin die Reise für uns alle gehen kann. Zu diesem Themenkomplex gehört auch der „Great Reset“, eine Idee, geboren beim alljährlichen Weltwirtschaftsforum (WEF), ein globaler Plan, die ökonomischen und soziale Grundstrukturen auf der Welt nachhaltig zu verändern, angeblich um „Nachhaltigkeit“ zum Wohle der Menschheit zu erreichen. WEF-Gründer Klaus Schwab behauptet in seiner inzwischen berühmten Rede dort, nach der Pandemie werde der Kapitalismus als weltprägendes System nicht mehr existieren können, weil eine massive Umverteilung von den Reichen zu den Armen und vom Kapital zu Arbeit stattfinden werde.

Für das geneigte Publikum, das ohnehin schon lange gruseligem Schauer auf dem Rücken verspürt angesichts all der finsternen Mächte im Hintergrund, all der Bilderberger, den Rothschilds und natürlich nicht zu vergessen George Soros, klingt der „Great Reset“ wie die Bestätigung ihrer Albträume von einer neuen Weltordnung. Alle Staaten, besonders natürlich die Großmächte USA und China müssten ihren Gesellschaften eine grundsätzliche Erneuerung unterziehen, denn die Covid-19-Krise beweise, dass die bestehenden Systeme nicht zukunftstauglich sind. Und würde man keinen „Great Reset“ durchziehen, sei die Veränderung der Strukturen und Systeme mit Gewalt zwingende Konsequenz daraus.

Harter Stoff, oder? Ich bin ein einfacher Junge vom Land, und wie meine Stammleser wissen, alles andere als begeistert von Verschwörungstheorien und Weltuntergangsphantasien. Für mich ist das, was da als „Great Reset“ daher kommt, nichts Neues, sondern der alte, vielfach krachend gescheiterte, Traum vom sozialistischen Paradies auf Erden. Den Menschen so machen, wie man ihn gern hätte, damit ein glückseeligmachendes System auf Erden entstehen kann. Nicht die Systeme so gestalten, das sie dem Menschen dienen, sondern den Menschen neu machen, damit er im System funktioniert. Uniformes Denken, funktionieren und wer hartnäckig nicht mitmachen will, muss raus. Ganz raus.

Werfen wir einen Blick zurück auf den kommunistischen Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin, der den Traum von einer Gesellschaft propagierte, in der jeder Mensch freiwillig alles für die Gemeinschaft gibt, was er zu leisten vermag. Und gleichzeitig nur das aus der Gemeinschaft nimmt, was er braucht. Für viele Menschen auch heute noch eine strahlende Zukunftsvision. Für mich der blanke Horror. Denn die Menschen sind nicht so, und sie sind gut beraten, wenn sie sich gegen jeden Versuch, ein solches System zu etablieren, massiv zur Wehr setzen. Denn solche Systeme sind niemals mit Freiheit und Demokratie kompatibel. Sie enden immer und immer und immer in Gewalt.

Aldous Huxley sagte in diesem Interview, das ich eingangs erwähnte, dass die Diktaturen der Zukunft die Kontrolle über die Massen ohne Gewalt erlangen würden. Der Terror werde in Zukunft ohne Gewalt auskommen, weil der Terror „relativ wirkungslos ist“, und ich empfehle Ihnen, sich mal drei Minuten Zeit zu nehmen, und dem Schriftsteller zuzuhören [hier](#)

Huxleys Meisterwerk „Brave New World“ erschien 1932 und beschreibt eine Gesellschaft, in der der

Staat totale Kontrolle über seine Bürger ausübt, ihnen Vorbilder – sogenannte „Alpha-Plus-Menschen“ – herausstellt und ihnen billige Vergnügungen, Konsum, Sex und Drogen bietet. Und alle funktionieren und spielen brav mit.

Gruselig oder? Kaum verwunderlich, dass Huxleys Roman 1933 in Deutschland von den neuen Nazi-Machthabern sofort verboten wurde.

Aber ist all das mit heute, mit dem Jahr 2021, kompatibel? Sind wir auf dem Weg dahin? Oder ist das alles eine Verschwörungstheorie, über die sich halbwegs gebildete Menschen keine Gedanken machen sollten?

Ich bin der Meinung, wir sollten das alles zumindest ernst nehmen, denn die globale Sehnsucht Hunderte Millionen Menschen nach dem sozialistischen Paradies für alle, ist verstörend. Noch nie hat das irgendwo funktioniert. Es hat die Lebensverhältnisse der Menschen nie verbessert, es artete immer in Gewaltexzesse aus, in Lagerhaft, Existenzvernichtung, Stacheldraht und Tod. Und dennoch wollen so viele Menschen daran glauben, dass es doch irgendwie funktionieren muss – koste es was es wollen. Das ist für mich nur mit einer neuen Art von Stockholm-Syndrom erklärbar.

Überhaupt nicht erklärbar ist es aber, wenn bekennende Kapitalisten wie WEF-Gründer Klaus Schwab diesen Traum propagieren, wenn eine globale Elite und ihre Stiftungen heute einer eigenen Agenda folgt, deren eigene persönliche Lebens- und Erfolgswege dem diametral widersprechen, was sie heute propagieren.

Wir leben in einer Demokratie und einem Rechtsstaat – auch heute noch. Aber die Einschlüge kommen näher, viele einflussreiche Menschen arbeiten begleitet von ideologisierten jungen Menschen am großen Ziel der besseren Welt. Und wer sollte etwas dagegen haben? Die Umwelt und die Wale schützen, das Klima und damit den Planeten retten, Menschenleben bewahren vor bakteriellen und virologischen Gefahren, kein Rassismus mehr und keine Diskriminierung von Minderheiten, bunte Vielfalt...wer könnte das nicht wollen?

Aber was, wenn der Preis für all das zu hoch ist? Wenn das Denken gelenkt wird, wenn Individuen nicht mehr zählen vor dem großen alles überstrahlendem Ziel? Wenn Gegenmeinungen und ihre Protagonisten ausgemerzt werden? Wenn Menschen mit widerborstigen Meinungen an den Rand gedrängt werden, wenn die Massenmedien ihrer wichtigsten Aufgabe nicht mehr nachkommen, unabhängig einfach die Realität abzubilden und alle Seiten eines Diskurses zu Wort kommen zu lassen? Wenn große Fernsehanstalten eine einseitige Dauerberieselung der Bevölkerung betreiben, mit der in Nachrichten und Unterhaltung alles dem großen Ziel der Volksbeglückung untergeordnet wird? Und wo die gewählte Volksvertretung, das frei gewählte Parlament, einfach ausgeschaltet und aus wichtigen Entscheidungen komplett herausgenommen wird.

So eine Entwicklung ist möglich, so eine Gefahr ist real. Und wenn Sie meinen, irgendwas davon in unserer Zeit erkannt zu haben, dann haben wir etwas gemeinsam. Deutschland und die ganze westliche Welt sind auf einem beunruhigenden Weg ins Nirwana. Schauen Sie nach China, und Sie erkennen

Aldous Huxley und seine „schöne neue Welt“ ganz deutlich.

Aber es gehören immer Zwei zu einem Scheitern, das ist wie in einer Ehe. Es gibt immer zwei Seiten, die eine, die handelt, und die andere, die einen solchen Prozess tatenlos geschehen lässt. So ist das auch in der Politik und beim Kampf um die Bewahrung unserer Freiheit. Wie viele Freunde höre ich jeden Tag, die davon sprechen, endlich wieder mal in ein Restaurant gehen oder im Sommer verreisen zu wollen? Und das will ich auch, mit meinen Freunde und meiner Familie. Wir haben immer noch Hoffnung, im Sommer nach Südfrankreich fahren und im Oktober die Schwarmintelligenz erleben zu können. Beides nicht ausgeschlossen.

Aber, liebe Leserinnen und Leser, wir befinden uns in einer Epoche, in der es um viel mehr geht. Um nichts weniger als den Erhalt unserer individuellen Freiheit und die Abwehr eines neuen Großangriffs des so dramatisch gescheiterten Sozialismus-Menschenexperiments. Wie die neunköpfige Schlange Hydra in der griechischen Mythologie, der Herakles Kopf um Kopf abschlug, und jedesmal wuchsen aus den Hälsen zwei neue Köpfe. So taucht der Sozialismus immer wieder auf in neuem Gewand aber mit einem einzigen Ziel: Den Menschen im Sinne des vermeintlich Guten so zu formen und zu lenken, dass er danach ins Gesellschaftsexperiment passt. Das ist die große Gefahr unserer Zeit.

Neben Huxley habe ich vorhin auch einen podcast mit einem Interview der Linken-Politikerin Sarah Wagenknecht gehört, eine umwerfende und scharfsinnige Politikerin, die leider genau aus dem sozialistischen Denken kommt. Sie sagt:

Das Ziel einer Gesellschaft müsse vorrangig sein, dass seine Menschen in ihr gut leben können.

Nehmen wir Sarah in diesem Fall beim Wort!

In Zeiten wie diesen sind alternative Medien unentbehrlich für die demokratische Gesellschaft. Helfen Sie uns, mit diesem Blog die Dinge klar zu benennen, wie sie sind. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

GASTSPIEL TODD HUIZINGA: Die Amerikaner wollen kein neues Amerika

Endlich ist der 3. November, der Wahltag, vorbei. Aber anderthalb Wochen später können die Amerikaner noch nicht ganz aufatmen: die Wahl war so knapp, dass sie noch nicht hundertprozentig entschieden ist. Höchstwahrscheinlich hat Joe Biden gewonnen, aber das Votum liegt in fast allen der *battleground states* dermaßen Kopf an Kopf, dass die Resultate noch nicht von den zuständigen Behörden

offiziell bescheinigt sind. Unter den battleground states hat Trump in Florida, Ohio und Iowa und fast sicherlich North Carolina gewonnen. Biden hat sich in Minnesota, Michigan, Wisconsin und Nevada durchgesetzt. Biden führt mit weniger als einem Prozent in Pennsylvania, Georgia, und Arizona. Er hat für sich den Sieg in diesen Staaten beansprucht, aber Trump ist der Auffassung, dass die Endresultate noch nicht feststehen. Es ist schwierig zu beurteilen, wie all die ungefähr Dutzend Gerichtsverfahren ausgehen, in denen Trump behauptet, dass Unregelmäßigkeiten stattgefunden haben. Außerdem bahnen sich verschiedene Nachzählungen an.

Nicht nur die Präsidentenwahl war knapp. Im Senat werden die Republikaner wahrscheinlich ihre Mehrheit behalten, wobei die Vergabe von noch zwei Sitzen (beiden Senatssitzen des Bundesstaats Georgia) wegen äußerst knapper Wahlausgänge erst am 5. Januar in einer Stichwahl entschieden wird. Die zwei republikanischen Kandidaten führen leicht in den Umfragen. Wenn die beiden aber doch verlieren, wird es ein völliges politisches Patt geben im Senat: 50 Sitze für die Republikaner, 50 für die Demokraten.

Im Repräsentantenhaus wird die demokratische Mehrheit knapper, weil die Republikaner überraschend viele Sitze hinzugewonnen haben. In den Bundesstaaten haben die Republikaner ihre Mehrheit in jedem Landeshaus und -senat, in denen sie die Mehrheit schon hatten, verteidigen können, sowie den Demokraten etliche Landesparlamente weggenommen.

Keine Frage: Bidens wahrscheinlicher Sieg hat, im Gegensatz zu der Wahl beinahe aller vorherigen Präsidenten, fast gar keine Sogwirkung ausgeübt. Die äußerst knappe Präsidentenwahl sowie die republikanischen Erfolge auf allen anderen Ebenen ergeben ein klares Bild: die Amerikaner wollen von der politischen Mitte aus regiert werden. Sie wollen Gewaltenteilung mit Gleichgewicht zwischen den konkurrierenden Parteien, damit nach Trump eine selbstgefällige politische Elite nicht zuviel Stuss anrichten kann.

Joe Biden hat vor allem kein Mandat, mit Hilfe des linken Flügels der Demokratischen Partei die Vereinigten Staaten zu „transformieren.“ Die Amerikaner wollen kein neues Amerika. Die Wähler haben den Progressiven, mit ihrer freiheitsberaubenden politischen Korrektheit und Identity Politics, eine entschiedene Absage erteilt. Und das trotz der konstanten vorlauten Behauptungen der Linken, eine Zukunft der sozialen Gerechtigkeit sowie der absoluten Gleichheit zu verkörpern.

Die Amerikaner wollen kein Green New Deal. Sie wollen keine exzessiven Steuererhöhungen. Sie wollen der Polizei die Finanzierung nicht entziehen, um identitätspolitischen Randalierern in den Städten freien Lauf zu lassen. Sie glauben die Lüge nicht, dass Amerika ein rassistisches System sei und dass die Polizei regelmäßig Menschen aus Minderheiten töten würden, nur weil sie eben Minderheiten seien. Sie nehmen Vorwürfe nicht hin, dass Konservative xenophob, homophob, und so weiter seien. Wenn Joe Biden eine erfolgreiche Präsidentschaft will, dann muss er sich - und seine Partei - von dem progressiven Spinnennetz freimachen, in das sie sich haben verstricken lassen, und die Achtung vor Andersdenkenden, die seine Partei viel zu lange schon in Frage stellt, wieder geltend machen.

Inzwischen geht das Leben weiter in einem Land, in dem Gott sei Dank der Alltag immer noch wichtiger

ist als die Politik. Und wer weiß: Vielleicht wird ein Wunder geschehen: Vielleicht wird Joe Biden seine Partei zu den freiheitlichen Idealen Amerikas zurückrufen, und eine erneuerte Kultur der Gewissensfreiheit fördern. Wenn es einmal in der näheren Zukunft außer Frage steht, dass Biden tatsächlich gewonnen hat, wird die überwältigende Mehrheit der Trump-Wähler bereit sein, ihm eine Chance dazu zu geben.

Todd Huizinga ist Präsident des Center for Transatlantic Renewal und Senior Fellow für Europa für das Religious Freedom Institute. Er ist Autor von Was Europa von Trump lernen kann (Berlin: Vergangenheitsverlag, 2017).

Giffey's Schlag ins Gesicht von Unternehmern und Freiberuflern

„Hilfen müssen auch an Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit geknüpft werden. Wer Geld vom Staat bekommt, sollte im Gegenzug etwas dafür tun, die Lohnlücke zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reduzieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken oder Frauen in Führungspositionen zu bringen. Wenn ein Unternehmen dafür nichts tun will, dann müssen wir eben sagen: So geht das nicht, dafür gibt es keine Staatshilfe.“

Wenn man sich dieses aktuelle Zitat von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) in Ruhe durch den Kopf gehen lässt, muss man allen Ernstes gleich auch die Frage aufwerfen, was eigentlich die Qualifikation für solche Leute ist, unserer Bundesregierung anzugehören.

In der Corona-Krise hat die Regierung - Bundes- wie Landesregierungen - einen Lockdown durchgesetzt, der die deutsche Wirtschaft weitgehend an die Wand gefahren hat. Vielleicht war das unvermeidlich, kann sein, wenn das Virus so aggressiv ist, wie behauptet wird. Aber dann muss auch JEDES UNTERNEHMEN, das notleidend ist, staatliche Hilfe bekommen, einfach weil es in Not ist.

Was diese kaum noch zu ertragende Ministerin da sagt, ist etwa so, als wenn sie fordern würde: Wenn Ihre Wohnung brennt, rückt die Feuerwehr nur aus, wenn jeder Löschzug aus drei Männern, drei Frauen und einem Transgender besteht. Oder Sie werden zukünftig im Krankenhaus bei einem Notfall nur behandelt, wenn die Klinikleitung vorher sicherstellt, dass die medizinische Behandlung von einer Lesbe mit Migrationshintergrund übernommen wird.

Unser Land hat wirklich ernste Probleme, derzeit größere als sowieso schon. Aber diese linksgrünen Spinnereien sind ein Schlag ins Gesicht all der Unternehmer und Freiberufler, die für sich und ihre Angestellten ums nackte Überleben kämpfen.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell

unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Hilfe zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Das Geld anderer Menschen...

Es gibt Ereignisse, die wiederholen sich immer und sind sicher vorhersehbar. Zum Beispiel, dass ab Mitte Mai die Gräserpollen fliegen und Millionen Menschen Heuschnupfen bekommen. Oder dass jede Saison der Fußball-Bundesliga automatisch mit der Deutschen Meisterschaft des FC Bayern endet. Das sind so Gesetzmäßigkeiten, auf die kann man sich verlassen.

Deutschland ist in einer schweren Krise durch den Lockdown um das Coronavirus. Die Wirtschaft ächzt und kämpft ums nackte Überleben, so dass die Steuereinnahmen - nach fetten Jahren - in 2020 um zehn Prozent sinken werden. Und das sind 100 Milliarden Euro, die in der (staats-)Kasse fehlen.

Nun meldet sich der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans mit einer überraschenden Idee zu Wort. In einer Zeit, wo es Unternehmen und damit auch vielen Beschäftigten schlecht geht, schlägt er vor, die Steuern zu erhöhen. Na, das ist mal ein Paukenschlag, der unser Land voran bringt. Projekt 10 Prozent läuft.

Wie sagte die beeindruckende frühere Premierministerin Großbritanniens, Margret Thatcher? "Das Problem beim Sozialismus ist, dass Dir irgendwann das Geld anderer Menschen ausgeht..."

GASTSPIEL Boris Reitschuster: Der Gleichheits-Wahn

„Wir träumen den jakobinischen Traum von der großen Gleichheit. Wir wollen ihn in Wirklichkeit übersetzen. Das macht uns diktaturfähig. Das macht uns moralisch überlegen. Das macht uns so furchtbar“ - das schreibt Alexander Will, Nachrichtenchef der Nordwest-Zeitung in Oldenburg, auf *twitter*.

Alexander Will, ein Fels der Vernunft in der Brandung des von „Haltung“ geprägten Journalismus, trifft damit den Nagel auf den Kopf. Denn der Traum von so vielen Linksgrünen, die heute ihre Lufthoheit über dem Meinungskorridor (v)erbittert verteidigen, ist die Gleichheit aller Menschen. Darauf arbeiten sie mit aller Gewalt hin - oft ohne zu verstehen, wie realitätsfern das ist, wie dumm - und vor allem wie gefährlich.

Der konkrete Auslöser für Wills Klage war eine Meldung der *Frankfurter Allgemeine (FAZ)*, einst

Flaggschiff der Konservativen in Deutschland, heute mit klarer linksgrüner Schlagseite:

Wills Konter: „Hier zeigt sich das deutsche Wesen: Wir hassen Erfolg, Aufsteiger, Macher. Wir hassen „Reiche“, wobei der Begriff je nach Lage flexibel ist. Wir lieben Gleichmacherei. Was über den Durchschnitt herausragt, wird abgeschnitten.“

Und genau dieser Hang zur Gleichmacherei – den ich allerdings mehr in der Elite sehe als bei der Bevölkerung – ist für einen großen Teil unserer aktuellen Probleme verantwortlich. In dem Beispiel mit den 750.000 Euro Jahresbezügen kann man noch streiten; aber dass der Spitzensteuersatz heute für einen Alleinstehenden bereits bei einem Einkommen von 4.663 Euro im Monat beginnt, zeigt, welche Auswüchse die Gleichmacherei erreicht hat.

Linker Extremismus wurde im Gegensatz zum rechten in Deutschland nie geächtet. Schlimmer noch: 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist er wieder salonfähig. Stalins und Lenins wichtiger Leitsatz war die Schaffung eines neuen, gleichen Menschen. Sie wollten die Gesellschaft wie Knetmasse formen, von oben herab, mit Gewalt und Umerziehung, in der wahnartigen Überzeugung, Moral und Wahrheit im eigenen Besitz zu haben.

Lenin (und Bucharin) wird der Satz zugeschrieben, jede Küchenhilfe könne den Staat führen. Von solchem Wahnvorstellungen bis zum heutigen Glauben, man könne aus jedem pakistanischen Bauern eine Fachkraft oder gar einen Ingenieur machen, ist es nicht weit. Der Wind eines jakobinisch-leninschen Gleichheitswahns weht durch Deutschlands Parlamente, Ämter und Redaktionen. Aus der wunderbaren Idee, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Pflichten und nach Möglichkeit auch Chancen haben sollten, bzw. in der sozialdemokratischen Version, dass für einen gewissen Ausgleich zwischen besser und schlechter Gestellten gesorgt werden sollte, wurde der Wahn, man bzw. der Staat müsse alle Menschen gleich machen.

Dieser Wahn bringt unser Land immer mehr auf Abwege. Erfordert der Glaube an ihn doch geradezu zwangsweise, dass man gewisse Unterschiede zwischen Menschen, etwa bei Gewaltbereitschaft, kulturellem Hintergrund etc. abstreiten muss. Und damit auch die vielen Nachrichten zumindest herunterspielen, die diese Unterschiede zu Tage befördern. Unterschiede zwischen den Menschen werden nicht mehr als etwas Positives begriffen, ohne das unser Leben langweilig wäre (die aber auch für viele Gefahren verantwortlich sind – sie werden vehement abgestritten. Wer dem Gleichheits-Dogma nicht folgt, wird schnell verketzert, also diffamiert; etwa, indem er zum Rassisten erklärt wird (neudeutsch für das, was unter Lenin der Volksfeind war; weitere Synonyme sind „rechts“ und „Nazi“).

In letzter Instanz muss die jakobinisch-leninsche Gleichmacherei geradezu in die Diktatur führen. Das wird ggf. keine alte, klassische Diktatur sein, sondern eine moderne Form, die auch nicht auf den ersten Blick als solche zu erkennen sein wird. Etwa eine Meinungsdictatur. Wir bewegen uns in erschreckender Geschwindigkeit in diese Richtung – was auch dadurch klar wird, wie allergisch diejenigen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, auf eben die Benennung dieser Gefahr reagieren. Inzwischen geht es nicht mehr darum, der Anfänge zu erwehren. Sondern den weit fortgeschrittenen Weg in den Gleichmachungs-Staat zu stoppen.

Dieser Betrag erschien zuerst auf www.reitschuster.de .